

New Horizons: Research on Societies in Future European Research Funding

Brüssel, September 2018. Der Konferenzsaal der Hessischen Landesvertretung in Brüssel füllt sich. Die zunächst von einigen deutschen EU-Referent*Innen ins Leben gerufene Initiative ROSE: Research on Societies in Europe, hat inzwischen auch in den Brüsseler Kreisen viel Aufmerksamkeit erlangt. Am 27. September hat sie zum intensiven Informationsaustausch geladen mit dem Ziel, die Rolle der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im zukünftigen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizont Europa" weiter zu definieren, zu dessen Ausgestaltung die Kommission im Juni 2018 einen ersten Entwurf vorgelegt hatte.



Die Organisator*innen der Veranstaltung, von I.n.r: Ursula Schlichter, Geny Piotti, Nicole Birkle; Christian Veldman

"Der Entwurf adressiert im Bereich der Gesellschaftsforschung einige sehr wichtige Themen, wie "Demokratie" oder "soziale Inklusion", aber er zeigt auch eine Reihe von Optimierungsmöglichkeiten. Dazu gehört die Aufnahme von bildungs- und erziehungswissenschaftlicher Themen, die Trennung der Gesellschafts- von der Sicherheitsforschung, eine ausgewogenere Budgetverteilung und ein weniger technologiegetriebener Ansatz in allen Programmbereichen", so die OrganisatorInnen.

Dass das Interesse an den Themen des Austausches sehr groß ist, zeigt die hochrangig europäisch besetzte Gästeliste. An den drei Diskussionsrunden beteiligen sich eine Vielzahl

von Wissenschaftler*innen unterschiedlichster Fachdisziplinen, die Hochschulrektorenkonferenz, Hochschulleitungen deutscher Hochschulen, Multi-plikator*innen, der Programmausschuss der sechsten Gesellschaftlichen Herausforderung in Horizont 2020, European Alliance for Social Sciences and Humanities (EASSH), European Association of Research Managers and Administrators (EARMA), Koordinationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KOWI), die Nationale Kontaktstelle Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Generaldirektion Forschung und Innovation sowie die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission als auch der Europäische Forschungsrat.

Schon zu Beginn des Tages wird in den drei *key notes* aus der Wissenschaft klar: Europa steht vor großen Herausforderungen, denen es nur begegnen kann, wenn in der Europäischen Forschungsförderung mehr Platzfür die Forschung über die Gesellschaft eingeräumt wird.

Jürgen Neyer von der Europa-Universität Vladrina Frankfurt Oder fordert eine neue "**Roadmap für Europa**" für den Bereich der Demokratieforschung. Die Antwort auf die Fragen, was die Europäer noch zusammenhält und wie die Zukunft der Demokratie in Europa aussieht, besonders im Kontext von illiberalen Tendenzen, sozialer Fragmentierung und der Entwicklung künstlicher Intelligenz, ist in der jetzigen Zeit evidenter denn je.

Jutta Mata, tätig an der Universität Mannheim, verdeutlicht am Bespiel ihrer eigenen Arbeiten zum Thema Adipositas, dass sozialwissenschaftliche, gesundheitspsychologische Forschungen sowie forschungsbasierte Trainings z.B. von Beratungspersonal, "**Leben retten können**". Jedoch ist der Impact dieser Projekte auf die Gesellschaft kaum in der Laufzeit eines durchschnittlichen EU-Vorhabens zu fassen. Hier brauche es neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Projektplanung, insbesondere in Bezug auf die Projektlaufzeiten.

Sehr klare Worte findet auch **Beate Hörr** von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie befindet, dass das Funktionieren von demokratischen Systemen, soziale Inklusion und ein vernünftiger Umgang mit digitalen Lebenswelten vor allem vom Bildungsstand der Bürger abhängt. Daher sei es unabdingbar, dass **Bildungsforschung als essentieller Bestandteil der Forschung gesehen werden soll und einen eigenen Platz in der Europäischen Forschungsagenda erhalte, nicht nur als eigenständige 'Area of Intervention' in Säule 2 von 'Horizont Europa', sondern auch als eigene 'Mission'.**

Die darauf anschließende Debatte zwischen Wissenschaft und den Stakeholdern bekräftigt, dass Forschung über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unserer Zeit eine **adäquate Budget-Ausstattung** braucht, die im bisherigen Entwurf für Horizont 2020 nicht ausreichend abgebildet ist. Kritisch wird auch der Vorschlag von der Kommission der Zusammenführung der Gesellschafts- und Sicherheitsforschung in einem Cluster in Horizont Europa gesehen.







Drei Key Notes, drei klare Statements. 2.v.l. Jürgen Neyer, Frankfurt Oder mit Loukas Stemitsiotis, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der EU Kommission; in der Mitte Jutta Mata, Universität Mannheim; rechts Beate Hörr, Johannes Gutenberg-

Die wissenschaftliche Community ist sich bewusst, dass die Ergebnisse der Forschung noch stärker in die Gesellschaft hineingetragen werden müssen und es weitere Anstrengungen in der Impact-Orientierung bedarf. Eine Stärkung des Impacts bei der Verbundforschung wie auch bei den individuellen Fördermaßnahmen, wie den ERC benötigt jedoch auch die Finanzierung einer kritischen Masse an Projekten zur Erforschung der Gesellschaft.

Konsens besteht darüber, dass die **Maximierung des Impacts** auf die Gesellschaft von anwendungsorientierter, technologiegetriebener Forschung nur in Kooperation mit den Geistes- und Sozialwissenschaften funktioniert, wenn sie auf Augenhöhe stattfindet und auch von geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsfragen geleitet wird.

Zur Stärkung der Integration von geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung sind neue Förderlinien notwendig, die die Zusammenarbeit von Konsortien mit den Geistes- und Sozialwissenschaften gezielt befördern, wie auch die Vernetzung und Synergien von thematisch ähnlichen, bereits bestehenden Projekten vorantreiben.

Die Veranstaltung, so Harald Hartung von der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission, findet genau zum richtigen Zeitpunkt statt, um über diese Themen in Horizont Europa gemeinsam zu diskutieren. Die Ausführungen von Herrn Hartung, wie auch die Statements von Loukas Stemitsiotis von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission und Alice Xenia Rajewsky von der ERC Exekutivagentur verdeutlichen, wie sehr der Kommission bewusst ist, dass sich hochaktuelle gesellschaftliche Herausforderungen nicht ohne eine starke aktive Beteiligung der Sozial- und Geisteswissenschaften lösen lassen, und dies nur in Synergie mit den weiteren Förderprogrammen der Europäischen Kommission.



Von Links. Peter Fisch, Moderation; Harald Hartung, GD Forschung und Innovation der EU-Kommission, Alice Xenia Rajewsky, ERC Exekutivagentur

Wir bedanken uns bei der Hessischen Landesvertretung in Brüssel für das Hosting und die unverzichtbare Unterstützung bei der Organisation.

Für weitere Informationen zu ROSE und zukünftige Initiativen kontaktieren Sie bitte Frau Nicole Birkle: rose-eu@uni-mainz.de